

SZ-Interview mit dem amerikanischen Verteidigungsminister:

„Europa muss handeln, nicht reden“

William Cohen: Um eine gemeinsame Verteidigungsidentität zu schaffen, müssen die EU-Staaten sehr viel mehr für ihr Militär ausgeben

Seit 1978 kommt William S. Cohen, heute der US-Verteidigungsminister, zur Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, die an diesem Wochenende zum 36. Mal stattfindet. Alljährlich versammeln sich hier Regierungschefs, Minister, Militärs und Abgeordnete, um über aktuelle und akute Probleme der Sicherheits- und Weltpolitik zu reden. Zum Auftakt der Konferenz sprach Cohen mit der „Süddeutschen Zeitung“ über die Zukunft des Bündnisses und der amerikanischen Politik.

SZ: Die Geschichte besagt, dass Bündnisse sterben, wenn sie siegen, wenn die Bedrohung verschwindet. Wozu brauchen wir dann noch die Nato?

Cohen: Ein Grund ist der Kosovo. Seit 20 Jahren reden wir auf dieser Konferenz über die Zukunft der Nato. Es gibt heute andere Bedrohungen: die Instabilität, transnationaler Terror, die Verbrei-



Mit 32 Jahren war Bill Cohen Abgeordneter, mit 39 Senator des Bundesstaates Maine. Seit 1996 dient der Republikaner, der nebenher Spionage-Thriller und Poesie-Bände veröffentlicht, Präsident Clinton als Minister für Verteidigung.

Foto: S. Rumpf

„Die USA werden gebraucht – das ist die Lehre aus Kosovo“

ung von Raketentechnik. Deshalb bleibt die Nato eine wichtige Institution.

SZ: Trotzdem, die ganz große Bedrohung ist weg.

Cohen: Es gibt nach wie vor die gemeinsamen Werte wie den Erhalt der Demokratie und der Sicherheit.

SZ: Ist die Demokratie eine echte Aufgabe von Militärbündnissen?

Cohen: Dieses Bündnis ist ein Beispiel für andere Länder – als Kollektiv von 19 demokratischen Staaten.

SZ: Die EU tut doch das gleiche, und trotzdem will sie jetzt ihre eigene Verteidigungsidentität schaffen. Gibt es da einen Konflikt mit der Nato?

Cohen: Nicht, wenn sie unter dem Schirm der Nato bleibt, wenn die Allianz die zentrale Sicherheitsgarantie bleibt. Der Sinn der ESDI (der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität) ist es, zu handeln, wenn die Nato dies nicht will. Doch eine separate, unabhängige, autonome Organisation wird sehr wohl das transatlantische Band schwächen. Das sollten wir vermeiden. Deshalb haben wir die Europäer sogar ermutigt. Aber: Bitte keine eigene Sicherheitsbürokratie, keine Strukturen, die mit den Nato-Verpflichtungen kollidieren.

SZ: Gewiss, aber die Idee ist doch, die Fähigkeit zu haben, unabhängig von den USA zu operieren. Was müssten die Euro-

päer tun, um sich die Fähigkeit in Zeiten schrumpfender Budgets zu verschaffen?

Cohen: Ich habe immer betont, dass die Europäer nicht ihren Verteidigungshaushalt herunterfahren sollten. Eine europäische Verteidigungsfähigkeit lässt sich nicht mit geringeren Ausgaben schaffen. Sie dürfen nicht weiter kürzen, manche werden sogar mehr ausgeben müssen. Eine neue Bürokratie allein ohne neue Truppen funktioniert nicht.

SZ: Was müsste denn die EU tun?

Cohen: Handeln, nicht reden. Das Ziel sind 60 000 Soldaten bis 2003, die zumindest eine Kosovo-Operation ein Jahr lang selbst bewältigen könnten. Das wä-

re zu schaffen, wenn man sich das wirklich konkret vornimmt.

SZ: Was raten sie den Europäern, damit sie ESDI realisieren könnten?

Cohen: Führung, um die Bevölkerung zu überzeugen, genügend Geld für die Verteidigung bereitzustellen. In einer Zeit ohne Feinde ist das schwer, da rücken die Sozialausgaben in den Vordergrund.

SZ: Welche Ausrüstung braucht man, um bei den Großen mitzuspielen?

Cohen: Sichere Kommando- und Kontrollsysteme, viel mehr Luftbetankungsfähigkeiten, moderne Logistik. Dazu Präzisionsmunition, welche die meisten Eu-

ropäer nicht haben, Satellitenauswertung – das schafft nicht jeder.

SZ: Warum können die Europäer nicht einfach Elemente der Nato nutzen?

Cohen: Das könnte wohl möglich sein. **SZ:** Wann wird ESDI zur Bedrohung der atlantischen Bindung?

Cohen: Wenn ESDI zur total separaten, unabhängigen, autonomen Institution wird.

SZ: Würden Sie die Europäer ermutigen, eine autonome Operation auf dem Balkan anzupacken?

Cohen: Das wäre im Jetzt-Zustand nicht sehr klug. Im Kosovo haben wir schließlich gelernt, dass vieles von dem

gebraucht wird, was die USA haben. Die Europäer müssen da noch einen weiten Weg gehen. Sie brauchen etwa Tarnkapen-Bomber und Präzisionsmunitionen.

SZ: Und wenn das alles gelingt, dann könnte Amerika nach Hause gehen?

Cohen: Nein, die USA werden wohl nie abziehen wollen.

SZ: Außen- und Sicherheitspolitik sind aber nicht gerade die wichtigsten Themen in den USA.

Cohen: Das müssen sie verstehen – wir sind mitten im Wahlkampf. Im Mittelpunkt steht die Innenpolitik. Aber: McCain und Bush bei den Republikanern, Gore und Bradley bei den Demokraten sind Leute, die sich nicht aus der Weltpolitik zurückziehen wollen.

SZ: Die Europäer haben dennoch ein Problem mit der Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik. Wie wird das Land seiner Verantwortung als „letzte Supermacht“ gerecht, wenn Innenpolitik letztlich die Außenpolitik bestimmt?

Cohen: Das stimmt nicht. Präsident Clinton hat schnell gelernt, dass es auch eine internationale Verantwortung gibt. In seiner Amtszeit hat er sich in Irland, Haiti, Bosnien, Kosovo engagiert. Wir bleiben in Asien aktiv. Nein, wir sind keine Isolationisten.

SZ: Die Geschichte lehrt, dass sich die kleineren Mächte stets gegen die Nummer eins zusammenrotten. Erleben wir das gerade? Manche nennen die USA auch eine „Hypermacht“.

Cohen: Das sagt nur ein Land, aber die meisten Mitglieder der Nato sehen in den USA eine Führungsmacht. Es wird immer Wettstreit geben, aber wenn es um Sicherheit geht, sind wir uns einig.

SZ: Warum rotten sich die anderen nicht zusammen?

Cohen: Die USA wollen nichts erobern. Und wir spielen eine wichtige Rolle im Erhalt von Sicherheit und Wohlstand, auch in Europa. Natürlich gibt es einen gesunden Wettkampf um die Märkte. Schon im Blick auf die Geschichte kann es nicht Europas Interesse sein, die USA zu schwächen.

SZ: Aber es gibt starke antiamerikanische Ressentiments auf der Welt.

Cohen: „Hypermacht“ – was stimmt daran? Wegen der amerikanischen Kultur, der Industrie, der Technologie? Nochmal: Wir sind keine Eroberer. Wir bemühen uns, unsere Ideale von Demokratie, freien Märkten und der zivilen Kontrolle des Militärs zu verbreiten. Wir bauen die Kontakte zu China wieder auf. Wir wollen mit Russland zusammen arbeiten.

SZ: Stichwort China. Es gibt ein altes Muster in der Weltpolitik, wo Aufsteigermächte zunächst reich, dann rüpelhaft werden – etwa die USA, Deutschland und Japan Ende des 19. Jahrhunderts. Ist jetzt China dran?

Cohen: Wenn Sie so oft die Geschichte bemühen, zeigt das nur, warum wir mehr Geschichte studieren müssen. Nur so können wir die alten Fehler vermeiden. Deshalb will Präsident Clinton die Chinesen einbinden. Wir dürfen uns nicht von Aufsteigern bedroht fühlen und in eine militärische Konfrontation hineinschlitern. Wir müssen mit ihnen kooperieren.

SZ: Aber wollen die Chinesen eingebunden werden, oder sagen sie nicht vielmehr: Geh nach Hause, Onkel Sam?

Cohen: Asien den Asiaten, Amerika raus aus Asien – das ist nicht klug. Nur wegen der amerikanischen Präsenz konnten die Länder Asiens derart prosperieren. Andernfalls wäre ein Machtvakuum entstanden. Weil die USA das Vakuum nicht zuließen, konnte sich China mo-

„Es kann nicht Europas Interesse sein, die USA zu schwächen“

denisieren, entwickelte sich der Wohlstand. China hat die Region nicht dominiert und alle sind halbwegs vernünftig miteinander umgegangen.

SZ: Wo passt Russland in dieses Tableau?

Cohen: Es ist wichtig, dass Russland wirtschaftlichen Erfolg hat, dass wir Russland zu demokratischen Reformen ermuntern. Europa ist nicht stabil, solange Russland instabil ist. Wir müssen Geduld haben. Wir müssen sie fördern.

SZ: Der Kontakt zur Nato hat durch den Kosovo-Krieg schwer gelitten.

Cohen: Wir reden dauernd miteinander. Das wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt.

SZ: Sie kommen seit 1978 zur Sicherheitstagung. Hätten sie sich träumen lassen, dass die Deutschen zu einem Kampfeinsatz auf dem Balkan einrücken?

Cohen: Ich habe immer gesagt, die Deutschen könnten sich nicht vor ihrer Geschichte verstecken, sie aber auch nicht als Alibi missbrauchen. Die Deutschen können nie mehr dort hin, wo schon mal die Wehrmacht war – das ließ sich nicht halten.

SZ: Ist es nicht seltsam, dass jetzt ausgerechnet eine rot-grüne Regierung umsetzt, was Kohl nicht tun wollte?

Cohen: Das ist in der Tat eine Ironie. Doch wie T. S. Eliot sagte: „Die Geschichte geht listige Wege, und überraschend öffnen sich neue Pforten.“

Das Gespräch führten Josef Joffe und Stefan Kornelius